

FRAUENHAUS

Aufbruch aus der Angst



Qual der Wahl: Misshandelte Frauen und ihre Kinder können ins Frauenhaus fliehen oder den Täter wegweisen lassen. (Foto: Archiv)

25 Jahre "Femmes en détresse", ein Jahr Wegweisungsgesetz - Zeit für eine Zwischenbilanz

Die Koffer stehen vor der Tür. Gleich kommt das Auto, das Suzanne* abholen soll. "Sie geht zurück", sagt Myriam Tillement leise. Zurück meint: zu ihrem Mann. Er schlug sie fast krankenhaushausreif. Verzweifelt floh Suzanne ins Frauenhaus. Doch jetzt will sie wieder zurück. "Es ist ihre Entscheidung", erklärt Tillement bestimmt. Sie ist Psychologin, arbeitet seit neun Jahren im luxemburger "Fraenhaus", das von Gewalt betroffenen Frauen Schutz bietet. Schon oft hat sie erlebt, dass Frauen der erste Ausbruch aus einer gewalttätigen Beziehung nicht gelingt. "Einige kommen vier-, fünfmal, bevor sie die Trennung schaffen", sagt Tillement. Vier- bis fünfmal zurück auf Start. Mit der stoischen Hoffnung, dass dieses Mal alles anders wird.

Magdalena* hofft nicht mehr. Die 39-jährige Bulgarin will raus aus der Gewaltspirale. Zweimal glaubte sie den Lügen ihres Lebensgefährten, er werde sich bessern. Spürte kurze Zeit später seine Faust im Gesicht, seine Hände an ihrer Kehle. Sie musste erleben, wie er sie vor den Augen ihres zweijährigen Sohnes vergewaltigte, sie beschimpfte und ihr wie besessen nachstellte. Aus, vorbei. Jetzt will sie "endlich leben". Im Frauenhaus sammelt sie Kraft und holt sich Hilfe. Mit drei Kindern in Luxemburg eine neue Wohnung zu finden und Arbeit dazu ist nicht einfach.

Seit 25 Jahren versucht die Asbl "Femmes en détresse" Frauen in Not wie Suzanne und Magdalena zur Seite zu stehen. 54 Frauen und 69 Kinder suchten im vergangenen Jahr im Frauenhaus des Vereins Unterschlupf, die sechs weiteren Schutzhäuser, die unter anderer Trägerschaft stehen, nicht mitgezählt. Genaue Zahlen über misshandelte Frauen existieren hier zu Lande nicht. Eine aktuelle deutsche Studie bestätigt den europäischen Durchschnitt: Jede vierte Frau wird mindestens einmal in ihrem Leben geschlagen - von ihrem Freund, Mann, Vater oder Bruder.

Keine Gewalt mehr gegen Frauen, lautete die Forderung der Frauenbewegung Mitte der 70er Jahre, aus der die Frauenhäuser entstanden sind. Die Entwicklung der Frauenhausbewegung reflektierten TeilnehmerInnen aus der Anti-Gewaltarbeit Anfang vergangener Woche in Bad Mondorf. Nachdenkliches Fazit: Die Feministinnen sind mittlerweile auf dem Rückzug, die gewalttätigen Täter aber noch lange nicht. "Gewalt muss stärker thematisiert werden", sagt Jöelle Schranck. Die Leiterin von "Femmes en détresse", die 1979 gegründet wurde, ist seit den Anfängen dabei und dennoch voller Optimismus. Für sie ist der 25-jährige Anti-Gewalt-Kampf eine Erfolgsgeschichte - auch wenn die Gewalt unverändert hoch ist. Schranck verweist auf das Netzwerk aus zehn unterschiedlichen Sozialdiensten, das die vom Frauenministerium finanzierte Asbl heute unterhält. Dazu gehören das "Meederschhaus", das misshandelten Mädchen Schutz bietet, die neu geschaffene Interventionsstelle "Service aux victimes de violence domestique" (SAV) oder das Ausbildungszentrum "Naxi", das den beruflichen Einstieg von Frauen vorbereitet. Ein Versäumnis der Frauenstreiterinnen, die Ursachen männlicher Gewalt nicht offensiv genug bekämpft zu haben und frühere politische Ziele aus dem Blick verloren zu haben, sieht Schranck nicht: "Wir haben Gewalt immer im Kontext der Gesellschaft gesehen", sagt sie. Wenn Schranck von "patriarchalischen Machtverhältnissen" spricht, klingt das wie zu Hochzeiten der Frauenbewegung. Fakt ist aber auch: Traditionelle Rollenstereotype sind in Luxemburg weiterhin die Regel. Sie schimmern auch beim viel gelobten Wegweisungsgesetz durch - das übrigens erst auf hartnäckiges Drängen der Frauenhaus-Frauen auf den Weg gebracht wurde. Ein Jahr ist es in Kraft, über 155 Mal wurden seitdem gewalttätige Männer durch die Polizei der Wohnung verwiesen.

Ein wegweisendes Gesetz

"Das Gesetz gibt uns die Möglichkeit einzugreifen", sagt Kirstin Schmit von der Polizei. Früher mussten zu Hilfe gerufene Polizeibeamte oft unverrichteter Dinge wieder abziehen - weil die Frau aus Angst dann doch nicht gegen ihren Mann aussagen wollte. Heute nimmt ihnen das Gesetz diese Entscheidung ab. Aber nur vorerst. Zwar darf, ja muss die Polizei, wenn sie Gewalt feststellt, den Täter auch ohne Einwilligung des Opfers für zehn Tage wegweisen. Aber der Fall von Katarina* zeigt, wohin es führen kann, wenn eine Frau ihren ge-

walttätigen Partner nicht schnellstmöglich anzeigt. Mehrmals hatte ihr Ex-Mann sie geschlagen, bis Katarina es nicht mehr aushielt und ins Frauenhaus floh. Das war vor drei Jahren. Weil sie damals nicht den Mut aufbrachte, ihren Peiniger anzuzeigen, spielte der kurze Zeit darauf den Geläuterten. Erfolgreich, denn das Gericht sprach ihm im Scheidungsverfahren das Sorgerecht für die beiden Kinder zu - obwohl diese durch das Erlebte traumatisiert sind, wie ein psychologisches Gutachten zeigt.

Wie schwer es ist, die Täter zur Rechenschaft zu ziehen, darauf weist die Zahl der Verurteilungen hin: Laut Staatsanwaltschaft wurde bisher nur in zehn Fällen die Täter zu Strafen verurteilt, 46 sind noch vor Gericht anhängig. In allen anderen Fällen wurden Ermahnungen ausgesprochen oder das Verfahren eingestellt - mangels Beweise. "Der Druck, der auf den Frauen lastet, ist enorm", weiß Staatsanwalt Robert Bieber. Viele Täter versuchen, die Frau einzuschüchtern oder aber zu umgarnen, sodass diese ihre Aussage zurückzieht.

Nicht selten gelingt das auch. Weil das Gesetz innerhalb der Zehn-Tages-Frist keine Bannmeile vorsieht, kann ein härtnäckiger Gewalttäter seinem Opfer weiterhin vor dem Haus auflauern, tödliche Folgen sind nicht ausgeschlossen. Im vergangenen Jahr kehrte ein weggewiesener Mann kurzerhand zurück und erstach seine Frau. Andere Männer klingeln an der Haustür und überreden die Frau, ihn hereinzulassen. "Wenn die Frau ihn freiwillig wieder aufnimmt, sind uns die Hände gebunden", sagt Polizistin Schmit.

Die Gesetzeslücke müsse unbedingt geschlossen werden, fordert Schranck von "Femmes en détresse". "Sonst ist der Sinn der Intervention hinfällig", ärgert sie sich. Schließlich gehe es darum, den Frauen wenigstens die zehn Tage Pause einzuräumen: eine "Karenzzeit", für die der Staat die Verantwortung übernehme. Die Bedenken von Frauenministerin Marie-Josée Jacobs, dies verstoße gegen den freien Willen der Frau und bevormunde sie, teilt die resolute Leiterin überhaupt nicht: "Männer dürfen Frauen nicht schlagen. Punkt." Die Zehn-Tages-Frist versteht sie auch als erste - relativ milde - Strafe seitens des Staates für den Misshandler. Von ihrer Kritik will sie die anderen Partner - Polizei, Staatsanwaltschaft, Ministerium - überzeugen. Die signalisieren Zurückhaltung. "Wir sind dabei, erste Erfahrungen zu sammeln", dämpft Jacobs Hoffnungen auf eine baldige Nachbesserung des Gesetzes. Die sieht sie allenfalls "in zwei, drei Jahren". Der Kampf der (Frauenhaus)-Frauen geht also weiter.

Ines Kurschat

* (Namen geändert)

Homophobes Italien

Homosexualität ist eine Sünde, und in Europa sind die Schwuchteln in der Mehrheit. Beide Sätze stammen von hochrangigen italienischen Politikern und sorgten von Brüssel bis Rom für Aufregung. Ob nun der italienische Kommissions-Kandidat Rocco Buttiglione, von dem die erste Aussage kam, dennoch im Team des Portugiesen José Barroso bleibt, ist ungewiss. Die Parlamentskommission lehnte den designierten Justiz- und Innenkommissar ab. Er habe weiterhin volles Vertrauen in sein Team, bekräftigte Barroso am Mittwoch. Buttiglione kann sich seinerseits auch nicht vorstellen, dass seine "religiöse Überzeugung" ihn an einem neutralen Umgang mit den Rechten von Homosexuellen hindern wird. "Leider hat Buttiglione verloren. Armes Europa: Die Schwuchteln sind in der Mehrheit", kommentierte Mirko Tremaglia, Minister für Italiener im Ausland und Parteigliedriger der post-faschistischen Alleanza Nazionale das Tauziehen zwischen Parlament und Kommissionspräsident. Auch nachdem sich empörte Politiker aller Couleur zu Wort meldeten, war Tremaglia nicht bereit, seine Aussage zurückzunehmen. Buttiglione gehörte nicht zu den vehementen Kritikern: Sollte er wirklich diese Worte benutzt haben, so der Kommissaranwärter, "hat er etwas übertrieben". Dennoch hielt Buttiglione es für angebracht, seinem Landsmann "für die Solidarität" zu danken.

Islamisten planen vermutlich Anschläge

Die luxemburgische Staatsanwaltschaft ermittelt gegen eine Gruppe von Islamisten wegen des Verdachts der "Bildung einer kriminellen Vereinigung". Die Männer um den Tunesier Mohamed Kalifi, der letztes Jahr ausgewiesen wurde, stehen im Verdacht, auch einen Anschlag auf Einrichtungen in Luxemburg geplant zu haben. Das bestätigte der leitende Oberstaatsanwalt Robert Bieber gegenüber dem ARD-Magazin Panorama, das einen Beitrag zu diesem Thema für Donnerstagabend angesetzt hatte. Bei den Razzien letztes Jahr haben Fahnder bei den verdächtigen Islamisten mehr sichergestellt, als gegenüber der luxemburgischen Presse verlautet wurde: neben Propagandamaterial und Aufrufen zum "heiligen Krieg gegen die Ungläubigen" eine Anleitung zum Bombenbau, mehrere gefälschte Pässe sowie einen brisanten Videofilm. Darin waren auch die Bürotürme des EU-Parlaments gefilmt worden. Auf die Frage, ob die Islamisten einen Anschlag auf EU-Einrichtungen planten, äußerte sich Bieber gegenüber dem TV-Magazin: "Es ist nicht die einzige Hypothese, aber eine durchaus ernste Hypothese." Deutsche Sicherheitsbehörden werden deutlicher. In einem Vermerk heißt es wörtlich: "Die Luxemburger Behörden bewerten die Erkenntnisse als mutmaßliche Anschlagsvorbereitung in Form einer Aufklärung." Die Spuren in Luxemburg führen laut Panorama-Recherchen auch nach Deutschland.

Nächste Woche:

And the winner is ...

Am Ende wird es doch noch spannend: Der amerikanische Wahlkampf zeigt ein zweigeteiltes Amerika. Eine Hälfte der WählerInnen steht voll hinter Bush. Demokrat Kerry weiß hingegen eine bunte, oft in sich widersprüchliche "Everything but Bush"-Koalition hinter sich.

Luxemburger sein tut (manchmal) weh

Immer wieder klagt Redakteur X über Kopfschmerzen. Auch unsere Sekretärin hält sich den Kopf. Und Redakteur Y hat fast keine Haare mehr - vom verzweifelt Haarerufen. Die Erklärung: Sie sind alle LuxemburgerInnen. Und leiden an einer Verdichtung am linken unteren Parietalcortex. Das ist die für flüssiges Sprechen zuständige Hirnregion. Menschen, die zweisprachig aufgewachsen sind, haben eine größere Dichte von Nervengewebe. Das haben britische WissenschaftlerInnen herausgefunden - und damit zugleich die Ursache für den Kopfschmerz vieler LuxemburgerInnen entdeckt. Denn diese lernen sogar drei Sprachen von Kindesbeinen an. Umso mehr dürfte die entsprechende Hirnregion anschwellen. Was wiederum die Kopfschmerzen erklärt - und, nun ja, luxemburgischen Dilettantismus. Bei so viel dickem Hirn vor lauter Sprachkompetenz bleibt schließlich kaum noch Platz für andere Fähigkeiten wie beispielweise Fußball spielen.

